

### **Späte Einsicht – und doch keine Änderung beim Projekt „Soziale Stadt“**

Die BFW ist schon vor fünf Jahren dafür eingetreten, das Projekt „Soziale Stadt“ zu streichen.

Warum?!

Die Ergebnisse der Sozialen Stadt standen und stehen in keinem Verhältnis zu den Kosten. So liegen allein die Kosten für die Projektgruppe „Soziale Stadt“ der Nassauischen Heimstätte bei jährlich € 107.000,-. Der oft gepriesene geringe Anteil der Gemeinde von 33% besteht natürlich auch nur auf dem Papier. Eine Untersuchung, die durch uns beantragt wurde, ergab einen wesentlich höheren Anteil:

- die Gemeinde geht in Vorlage
- da sie kein Geld hat, muss sie auch die Zinsen für aufgenommenes Geld zahlen.

Wiederholte Anträge unsererseits gingen immer ins Leere, da die SPD „zur Sozialen Stadt steht“ und die GALB Mehrheitsbeschafferin ist. Selbst die CDU hat lange gebraucht, das Problem auch so zu sehen wie wir!

In den diesjährigen Haushaltsberatungen hatten wir- die BFW – folgenden Antrag gestellt:

**Das Projekt „Soziale Stadt“ ruhen lassen; die Verträge mit dem Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Neuen Heimat werden nicht mehr verlängert. Es wird nur noch der Betrag in den Haushalt eingestellt, der für beschlossene Projekte benötigt wird.**

#### **Unsere Begründung:**

Angesichts einer dramatischen Verschuldung der Gemeinde muss gespart werden; zuerst dort, wo es am wenigsten weh tut. Dies ist zweifellos beim Projekt „Soziale Stadt“ der Fall.

Es ist grotesk, wenn **den Vereinen die Zuschüsse gekappt werden**, aber das Projekt weiter durchgeführt wird.

Unser Antrag wurde erst gar nicht angenommen, stattdessen wurde dem Antrag der GALB, die Investitionsmittel für die Soziale Stadt bis zur Vorlage von Planungen zu sperren, zugestimmt. Wir haben den Antrag abgelehnt, da wir – angesichts der Beschlusslage der GVE - wussten, dass dies gar nicht möglich ist.

In der Sitzung des SSKA (Sozial-, Sport- und Kulturausschuss) folgte nun der nächste Akt des Dramas und die GALB stellte einen Antrag, indem sie den Gemeindevorstand beauftragte, Vor- und Nachteile einer möglichen Kündigung zusammenzustellen und der Gemeindevertretung noch in der laufenden Legislaturperiode mit einer Empfehlung zur Abstimmung vorzulegen.

Seitens der GALB wurde folgende bemerkenswerte Begründung geliefert:

„Wir können in den erreichten Ergebnissen der Arbeit und inzwischen auch in der Zielsetzung der Projektleitung für Bischofsheim nicht den Nutzen erkennen und plädieren für die Kündigung“.

Die bevorstehende Kommunalwahl lässt grüßen!

Uns wird alles abgelehnt (auch von der GALB), und dann kommt ein ähnlicher Antrag, etwas verschämt zwar aber mit eindeutiger Absicht.

In der darauffolgenden Sitzung des SSKA wird der GALB erklärt, dass eine Kündigung in nächster Zeit nicht möglich ist, da diese nur zum Jahresende möglich ist. Das war´s!

Sollte das die GALB nicht gewusst haben?

Bürgermeister Bersch hat einmal auflisten lassen, wieviel er noch dieses Jahr 2011 für Trafohaus, Stadtteilstadt u.a. benötigt: Sage und schreibe € 469.700,-. Und diesem Antrag des Bürgermeisters hat der Ausschuss zugestimmt.

**Für den Anteil der Gemeinde an den Kosten für die „Soziale Stadt“ könnten wir den Zuschuss für die Vereine glatt verdoppeln! Stattdessen streichen wir den Vereinen 10% der Zuschüsse. Tolle Leistung!!**

gez. Prof. Bernd Steffens

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender